
Identitätsfragen als neue demokratische Herausforderung des Politikmanagements

Karl-Rudolf Korte

Die Angst vor Entgrenzung steigt. Globalisierung hat im Moment einen schlechten Lauf. Eine Sehnsucht nach Begrenzung, nach Grenzen, nach territorialer und normativer Übersichtlichkeit ergreift die politische Mitte. So machen wir in Deutschland seit dem Sommer 2015 vielfältige kollektive Grenzerfahrungen. Im wörtlichen Sinne kommen viele Flüchtlinge seit dieser Zeit an Grenzen an, die sie in ihrer Not überwinden wollen. Ebenso macht die Politik Grenzerfahrungen: Wir kommen an Grenzen mit unserem bisherigen Politikmanagement und ebenso mit unserer Vorstellung vom Regelungsmonopol des Staates. Grenzen lösen Angst aus oder provozieren zum Überwinden oder lassen Unruhe zu (Bude 2014). Neues Gestaltungswissen könnte das Regieren in einer Einwanderungsgesellschaft verändern (Korte und Grunden 2013). Doch zunächst wird politische Steuerung schwieriger, weil das bislang konsumierte Gesellschaftsmodell einer Mehrheit fragil wird. Es steht von außen durch Krieg und Krise in der Nachbarschaft ebenso unter Druck wie innenpolitisch durch neue Koalitionen der Angst. Man gewinnt den Eindruck, dass die moralische Mehrheit für das moderne, liberale Gesellschaftsmodell des Westens in der Defensive ist. Alles ist verdachtsbestimmt, nichts erklärt sich mehr allein aus der Geschichte heraus. Die Regeln der repräsentativ verfassten Demokratie, die Erfahrung einer globalisierten Nation in Europa, der Schutz der Mehrheit gegenüber der Minderheit – all das existiert noch in Deutschland, aber das Selbstverständnis bröckelt enorm. Die progressive Mitte, die sich aktiv an Wahlen beteiligt und die Merkel-Mitte gestärkt hat, gibt es durchaus. Aber diese Mitte ist geradezu strukturell nervös und zukunftsensibel. Sie fordert eine Rückgewinnung nationaler Souveränität, Entschlackung des europäischen Apparates und kontrollierte Zuwanderung. Ob erneut Resilienz-Management ausreicht, um diese Grundstimmung positiv zu wenden, kann bezweifelt werden. Denn neben der technokratischen Problemlösung, die eine Sozialstruktur des Wohlfahrtsstaats mit abnehmender Ungleichheit sichert, als Grundlage unserer politischen Ordnung,

stehen längerfristige größere Herausforderungen. Wie wirbt man attraktiv für die Vorteile unserer pluralistischen Demokratie? Wie kann man in der politischen Mitte mit Komplexität und zivilisiertem Streit um beste Lösungen werben? Wie schaffen wir elementare Demokratie-Erlebnisse, um für den Erhalt des sozialen und gesellschaftlichen Friedens in einer heterogenen Gesellschaft bei Wahlen zu mobilisieren? Solche Fragen sind Identitäts-Marker. Nichts ist allerdings sozialpsychologisch schwieriger, als positive Identität zu definieren. Doch in dieser Aufgabe zeigt sich die neue demokratische Herausforderung. Freiheit *von* etwas – das kennzeichnet historisch unseren Demokratieweg. Aber Freiheit *zu* etwas, ist viel schwerer zu beschreiben, aber essentiell notwendig, um sich gegen den neuen identitären Gruppenegoismus zur Wehr zu setzen. Dieser fremdelt mit der Freiheit der Andersdenkenden und meint die Willkür der Mehrheit. Die Freiheit, helfen zu können, haben Tausende seit Sommer 2015 unter Beweis gestellt. Helferstolz ist daraus erwachsen. Das ist ein Ansatz, um wieder dafür zu werben, sich für die Freiheit offensiv einzusetzen. Populistische Bewegungen stimmen darin überein, dass moderne Gesellschaften ihren Identitätskern verloren haben. Populisten fühlen sich kulturell überfordert, eine Solidarität mit Fremden auszuhalten.

Wie unsicher die Zeiten sein können, war vielen Bundesbürgern bis zum Sommer 2015 nicht mehr bewusst. Sicher gab es Kriege in europäischer Nähe oder extreme Turbulenzen mit dem Euro. Doch den konkreten Alltag der Bürger erreichten diese medial vermittelten Krisen nicht. Auch faktisch befand sich die deutsche Demokratie nicht einer Krise, wie politikwissenschaftlich vergleichende empirische Studien belegen (Merkel 2015). Doch durch den neuen und plötzlichen Zustrom an über einer Millionen Flüchtlingen in Deutschland, stand das politische System unter erheblichem Belastungsdruck. Angst beherrschte über Monate erstmals die öffentliche Stimmung (Bude 2016, Korte 2016). Viele Bürger sahen sich mit Unsicherheit konfrontiert: bei den Spitzenpolitikern, den Parteien, der öffentlichen Verwaltung. Einer Normalisierung kehrte erst im Frühjahr 2016 allmählich zurück. Doch geblieben sind große Erosionen und Verwerfungen sowohl im politischen Diskurs als auch im Parteiensystem.

Verschiedenheit aushandeln

Hinter der Flüchtlingspolitik als Policy auf dem Wählermarkt stellen sich grundsätzliche Fragen an die Demokratie, wie wir sie bislang in Deutschland kennen und schätzen. Der aktuelle Befund ist eindeutig: Die Wahrnehmung von Verschiedenheit und Differenz hat im politischen Bewusstsein der Bürger zugenommen. Das gilt national wie auch europaweit. Ursprünglich war das Konzept der repräsentativen

Demokratie historisch eine präzise Antwort auf Verschiedenheit. Anders als noch im überschaubaren attischen Stadtstaat muss eine moderne Demokratie auf Größe reagieren, strukturell zu Flächenstaaten passen und mit Vielfalt umgehen können. Wenn heute mehr Differenz und Vielfalt als Problem wahrgenommen werden, dann steckt darin auch ein Zeichen für die Krise der politischen Repräsentation. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich in ihrer Vielfalt nicht ausreichend in den Parlamenten repräsentiert. Sie zweifeln an der Legitimität der Entscheidungen. Politiker wiederum werden mit Verachtung konfrontiert, wenngleich sie sich bemühen, stellvertretend für die Zivilgesellschaft Probleme zu lösen. Alles spielt sich zurzeit vor einem Epochendurcheinander ab. Hohe Zuwanderung, instabile Weltregionen, wachsende Risiken durch radikale Gruppen und neue ideologische Antagonismen zwischen West und Ost, die längst überholt schienen. Die normative Unordnung verunsichert.

Vor allem die kommunale Demokratie ist nicht nur in Bewegung, sondern unter enormem Druck. Flüchtlinge sind in den Städten und Gemeinden Ausdruck von neuer Verschiedenheit. Diese Verschiedenheit nehmen viele auch als Ungleichheit wahr. Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie? Wie viel brauchen wir? Welche müssen wir unabänderlich hinnehmen und mit welcher dürfen wir uns niemals abfinden? Ungleichheiten kann man aushalten, bei einem Bekenntnis zu gemeinsamen kulturellen Grundlagen. Doch im Zentrum der Flüchtlingshilfe steht im Moment der professionelle Katastrophenschutz. Menschen soll in Not geholfen und eine Erstversorgung sichergestellt werden. Vom Katastrophenschutz zur Politik einer Einwanderungsgesellschaft sind viele Zwischenschritte der Integration notwendig. Erst über Integrationsangebote können gemeinsame kulturelle Grundlagen zwischen den Neu- und Altbürgern wachsen. Das kann viele Jahre, manchmal Generationen dauern. Kurz- und mittelfristig gibt es andere Wege, um Ungleichheit auszuhalten. Eine breite Beteiligung der Bürger am politischen System kann dazu beitragen, gegebene Ungleichheiten hinzunehmen bzw. an der Verringerung mitzuarbeiten. Wichtig bleibt, diese Verschiedenheiten demokratisch auszuhandeln. Als bewährtes Instrument würde sich ein Einwanderungsgesetz eignen. In vielen parlamentarischen und damit öffentlichen Aushandlungsprozessen müsste gemeinsam ausbuchstabiert werden, was konkret unter Integration verstanden werden soll. Identitätsfragen würden in Landtagen und dem Bundestag debattiert. Mit Mehrheit könnte darüber verlässlich abgestimmt werden, wie viel Verschiedenheit den Deutschen wichtig ist. Ein Dissens, über den parlamentarisch abgestimmt wird, hat immer höhere Legitimationskraft als ein Konsens, der nie verhandelt wurde. Nur solche Debatten und Verhandlungen können die Angst vor Differenz nehmen. Demokratie ist ein doppeltes Versprechen: prozedural – durch gleiche Teilhabe am politischen Prozess – und substantiell – als Angleichung der

sozialen Lebensverhältnisse. Beide Versprechen sind heute unter enormem Druck. Sie wirken stellenweise ausgehöhlt angesichts geringer Wahlbeteiligung und wachsender – auch – ökonomischer Ungleichheit.

Fremdsein im eigenen Land

Überall beunruhigt Heterogenität die nationalen Gesellschaften. In der Regel entsteht diese Art von Beunruhigung nicht durch die Asylsuchenden oder die Flüchtlinge selbst, sondern dadurch, dass Bürger meinen, in ihrer vertrauten Umgebung plötzlich fremd zu sein. Fremdsein im eigenen Land, Entheimungs-Ängste – all das sind Phänomene von Wahrnehmungen, die durch Einwanderung und Flüchtlinge verstärkt werden können.

Identitätsfragen sind komplex. Sie werden vor allem nicht rational gestellt, sondern durch Wahrnehmungsmuster virulent. Dabei stellt sich gar nicht die Frage, ob Heterogenität gut oder schlecht für eine Gesellschaft ist. Die kluge Frage wäre, wie viel Heterogenität ist für alle am besten, sowohl für die reichen Länder, in die ausgewandert wird, als auch für die Herkunftsländer, die wichtige Akteure der eigenen Zivilgesellschaft verlieren. Kulturelle Verschiedenheit – real oder auch nur wahrgenommen – nutzt bis zu einem gewissen Grad einer Gesellschaft. Das ist evidenzbasierter Forschungsstand. Aber wann kippt der Nutzen und führt zu Formen der Desintegration? Zudem ist mittlerweile nachgewiesen, dass Migration, Einwanderung, Flüchtlinge eine Gesellschaft unsolidarischer machen (Rueda und Stegmüller 2016). Je mehr Ausländer in einer Gesellschaft leben, umso geringer wird offenbar die Bereitschaft, zugunsten der Armen umzuverteilen. Zu den Formen der Desintegration kommen insofern auch sozialstaatliche Umverteilungsprobleme, die weniger mit finanziellen Ressourcen zu tun haben, sondern eher mit dem wahrnehmbaren Grad der Homogenität einer Gesellschaft.

Neue Cleavages

Antworten können Beobachtungen zum Parteienmarkt liefern, der in Deutschland selten polarisiert daherkam. Desintegration entwickelt sich, wenn extreme Parteien an Zuspruch gewinnen. Noch immer gruppiert sich das Parteiensystem in Deutschland um drei wichtige große gesellschaftspolitische Konfliktlinien: Um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, um kulturelle Differenzen der politischen Partizipation (libertär oder autoritär), um das relative Gewicht von Staat und Markt. Auch die kommenden Wahlergebnisse legen dabei die Dominanz

wohlfahrtsstaatlicher und weniger gerechtigkeitsorientierter Zielbilder nahe, gerade weil sich tendenziell immer mehr Status-quo-orientierte Wähler überhaupt noch an der Wahl beteiligen. Wohlfahrtsstaatliche Themen im Sinne eines „Weiter so!“ werden die Wahlen weiterhin in Deutschland entscheiden. Gerechtigkeits- und Bürgerrechtsthemen haben traditionell eher geringe Mobilisierungschancen. Das Primat der sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit bleibt wahlentscheidend: tiefe Sehnsucht nach Sicherheit (objektive Sicherheitslage und subjektives Sicherheitsgefühl). Die Regierung soll sicherheitskonservativ möglichst vor den Unbilden der Zukunft schützen. Wohlfahrtsteigerungen müssen mit solchen Gefühlen einhergehen, wenn es zu mehrheitsfähigen Mobilisierungserfolgen führen soll. Letztlich wird das Resilienzmanagement der Spitzenakteure in der Politik honoriert (Korte 2011). Die Wähler wollen keinen Wandel, sondern vor ihm geschützt werden. Doch seit einiger Zeit kommt eine neue, vierte wichtige gesellschaftspolitische Konfliktlinie wirkungsmächtig hinzu. Es ist das ideologische Konfliktpotenzial zwischen kosmopolitischen und kommunitaristischen Werten (Merkel 2015, S. 492). Gemeint ist das Spannungsfeld zwischen globalisierten Weltbürgern und nationalkonservativen Gemeinschaften. Kommunitarische Einstellungen favorisieren die Zugehörigkeit und Mitgliedschaft in nationalen und kommunalen Kontexten. Kosmopolitische Einstellungen betonen hingegen universelle Verpflichtungen. Da können dann neobiedermeierliche Rückzüge und kulturelle Schutzargumente des eigenen Marktes einem internationalen Freihandelsabkommen wie TTIP entgegenstehen. Da wird die innere Globalisierung – auch als humanitäre Aufgabe immer mehr Flüchtlinge aufzunehmen – infrage gestellt. Letztlich triumphiert im nationalen Kommunitarismus die Volksgemeinschaft gegenüber internationalen Verpflichtungen. Solche Bewegungen und Parteien füllen eine Repräsentationslücke, die von den etablierten Parteien nicht abgedeckt wird. Doch es wäre vereinfacht zu sagen, hier stehen Globalisierungsgewinner gegen Globalisierungsverlierer, die Guten gegen die Schlechten. Die gesellschaftspolitische Konfliktlinie orientiert sich eher an den Globalisierungsverängstigten. Solche Wähler fühlen sich entfremdet im eigenen Land und mit der Beschleunigung des Alltags überfordert. Der Soziologe Armin Nassehi übersetzt diese Konfliktlinie mit der Sprache des Internets: „Gelebt wird in analogen Welten, verarbeitet werden diese aber digital“ (Nassehi 2015, S. 176). Damit wird auch deutlich, dass die Dimension des Konfliktes nicht ab-, sondern eher noch zunehmen wird. Doch der Bedarf gerade in der Angst-Mitte der bürgerlichen Wähler für eine Partei, die diese gesellschaftspolitische Konfliktlinie aktiv bedient, wächst. Eine Parlamentarisierung solcher Frust-Ventil-Parteien setzt allerdings bislang voraus, dass sie ohne dumpfen rechtsextremen Duktus daherkommen.

Vertrauen und Angst

Moderne Gesellschaften benötigen viel wechselseitiges Vertrauen. Ohne dieses Vertrauen in Verfahren, Institutionen, Prozesse bricht dieses System zusammen oder wird dysfunktional. Bei zu viel wahrgenommener Verschiedenheit sinkt das gegenseitige Vertrauen. Zu wenig Verschiedenheit verhindert Kreativität als Schatz der Bereicherung. Zu viel Verschiedenheit zerstört in der Wahrnehmung vieler Bürger das Vertrauen in die täglichen Ablaufmuster der Demokratie. Insofern müssen Gesellschaften nicht nur versuchen, eine Balance zu halten, sondern auch offensiv, transparent, diskursiv darüber verhandeln, wie viel Heterogenität sie wollen. Eine Dialektik bleibt dabei beachtenswert: „Eine Begrenzungsstrategie (im Hinblick auf Flüchtlinge) kann moralisch und politisch sogar geboten sein, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten“ – so Bundespräsident Gauck in seiner Davoser Rede vom 20. Januar 2016. Politik muss immer unterschiedliche Interessen managen, durchaus auch dialektische. Sie muss dabei gleichzeitig integrieren. In der Regel sehen beispielsweise junge Menschen – und auch das klassische Bildungsbürgertum – mehr Vorteile als Nachteile durch die vielen innovativen Schübe, die Verschiedenheit automatisch auslöst. Eine Integrationsleistung der Politik kann gemeinwohlorientiert nur funktionieren, wenn man Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen responsiv beachtet. Dabei fällt auf, dass für viele Bürger Angstgefühle zunehmen, nicht erst nach dem Signalereignis der Silvesternacht in Köln.

Doch Demokratien – wie wir sie kennen und schätzen – sind angstfrei. Politiker haben die Aufgabe, den Bürgern die Angst zu nehmen. Staatliche Politik zeichnet sich dadurch aus, dass sie wichtige Probleme der Bürger löst. Daran zweifeln im Moment viele. Angst und Unsicherheiten breiten sich deshalb aus. Einige Politiker versuchen wiederum mit dieser Bürger-Angst in den Wahlkämpfen zu mobilisieren. Die Wahlen finden 2016 vordergründig im Schatten der Angst statt. Sie frisst sich gleichsam in die Gesellschaft hinein. Die Flüchtlingszahlen, die Obergrenzen-Diskussion und fehlende europäische Solidarität empfinden die meisten als bedrohlich. Es sind im wörtlichen und übertragenden Sinne Grenzerfahrungen: Wir kommen gefühlt an eine Grenze. Das kann Provokation, Unruhe, aber auch Entdeckerfreude auslösen. Der Globalisierungsschub, der das deutsche Paradies seit letztem Sommer in Atem hält, beschäftigt heute jede Familie.

Doch Angst lähmt. Angst ist ein Killervirus für jede Gemeinschaft. Schlimmer noch: Angst führt zu einer Tyrannei der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Minderheiten (Bude 2014, S. 15). Denn wenn sich Angst ausbreitet, will niemand zu den Verlierern gehören und jeder zur schweigenden Masse. Andere haben wiederum Angst vor zu viel Fremdheit im eigenen Land. Das sollte und kann die Politik nicht

einfach wegdiskutieren. Die Angst der Mehrheit vor der Minderheit ist ein weltweites Phänomen. Nur durch Erfahrung und vor allem durch Begegnung lassen sich solche Ängste abbauen. Angst kennt keine sozialen Grenzen. Sie lässt sich auch nicht rational lindern. Gegen individuelle Angst vor Krankheit oder dem Verlust von Arbeitsplätzen ist Politik machtlos. Aber gegen die Ausbreitung von kollektiver Angst muss Politik agieren. Das ist nicht einfach. Denn die Angst-Industrie arbeitet auf Hochtouren. Komplexe Probleme wie das Flüchtlingsthema sind undurchschaubar. Das fördert Konjunkturen des Verdachts, die sich in den sozialen Medien zu Verschwörungstheorien steigern. Schuldig sind dann immer die Politiker.

So formen sich Koalitionen der Angst. Auch die Parteien der Mitte spielen mit dem Thema der Angst. Wer als Politiker vom Staatsversagen spricht, verleugnet die Wirklichkeit des deutschen Standorts. Wer einfache und schnelle Lösungen verheißt, übersieht den derzeitigen Kontrollverlust an den Grenzen. Für jede epochale Herausforderung fehlt ein Master-Plan. Niemand hat die eine Lösung. Doch ohne Zuversicht können auch die angedachten und ausprobierten rund 30 verschiedenen Lösungsansätze zu keinem positiven Ergebnis führen. Angst vor Fremden lässt sich ideal durch Begegnung abbauen. Politik muss deshalb systematisch Begegnungen möglich machen. Grundsätzlich lässt sich politisch mit der Angst umgehen, wenn wir herausfinden, wer wir eigentlich sind. Nur wenn wir selbst wissen, was uns Freiheit und Selbstbestimmung bedeuten, kann die Integration von Neubürgern starten. Deshalb ist es wichtig, dass im Wahlkampf für das Gesellschaftsmodell unserer Demokratie geworben wird. Demokratien gewährleisten Sicherheit in Freiheit. Die nüchterne Skepsis, ob wir die neue Herausforderung meistern, bleibt dennoch. Doch Panikstimmung hilft nur den politischen Extremen. Wähler belohnen Optimismus und Zuversicht. Jede Stimme in der Wahlkabine transportiert ein Zukunfts-Gefühl. Wer die Themen – auch Ressentiments gegen das Fremde – nur den Extremisten oder Populisten überlässt, verliert den Anspruch, Volkspartei zu sein oder sein zu wollen. Die Mitte der Gesellschaft, die sich auch an Wahlen aktiv beteiligt, muss sich mit den Differenz-Themen auseinandersetzen. Moderne Gesellschaften brauchen die Solidarität unter Ungleichen.

Sicherheit durch Vielfalt

Die Parteien könnten im politisch-kulturellen Umfeld die Vielfalt als Sicherheitsversprechen umsetzen. Dazu bedarf es nicht nur einer klugen Kommunikation, sondern auch anschaulicher Maßnahmen. Denn eine gelebt innere Globalisierung mit vielen Unterschieden in der Mitte der Gesellschaft ist anstrengend und für viele auch beunruhigend.

Wichtig wird auch für das Politikmanagement bleiben, eine zivilisierte Streitkultur kommunikativ zu fördern. Anti-elitäre Wut lässt sich nur im Gespräch anschaulich relativieren. Der Bundespräsident Gauck sagte dazu im Juni 2016 in Bukarest: „Dazu müssen wir immer auch alle wieder lernen, Argumente an uns heranzulassen, die unserem eigenen Milieu zunächst ganz unplausibel erscheinen. Wir müssen wieder lernen, an die intellektuelle und moralische Tradition des argumentativen Disputs anzuknüpfen...“

Auf mittlere Sicht kann man aber damit Sicherheit befördern, weil alle Bürger gezwungen sind, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, gegen die wir uns auch international gar nicht abschotten können. Innere Globalisierung macht kreativ. Innere Globalisierung macht kontaktfreudig. Sie ist in einer globalisierten Welt ein Vehikel für Zukunft und moderne, friedliche Gesellschaften. Sie ist ein Sicherheitsversprechen. Denn nur wer sich mit Verschiedenheit auseinandersetzt, ist gewappnet, um komplexes Vertrauen auch in unruhigen Zeiten zu bewahren. Sicherheit durch Vielfalt wäre eine zeitgemäße Strategie zur Mobilisierung von Wählern, die in der Mehrzahl eindeutig humanitäre Hilfe gegenüber Flüchtlingen leisten wollen, die aber gleichzeitig ihr Engagement oft defensiv verteidigen müssen gegenüber den Warnern und Verängstigten.

Die Stärkung der repräsentativen Demokratie könnte der Schlüssel sein, um mit der neuen Völkerwanderung angemessen umzugehen. Die Aushandlung über Kriterien, Größenordnungen, Rahmenbedingungen der Heterogenität ist dabei ebenso wichtig wie die Benennung und Ausgestaltung des neuen Narrativs: Sicherheit durch Vielfalt. Der Globalisierungsschub, den die Flüchtlinge auch im Bewusstsein vieler Bürger jetzt ausgelöst haben, verändert die Qualität unserer Demokratie. Der Ausgang ist offen. Noch ist unklar, ob Angst oder Zuversicht, ob die politische Mitte oder die Ränder gestärkt aus dem Umbruch hervorgehen. Wer parallel zu diesen Gedanken und Ideen einen der eindrucksvollsten Texte der letzten Jahre lesen möchte, dem empfehle ich die Rede des Schriftstellers Navid Kermani zur Feierstunde „65 Jahre Grundgesetz“ im Deutschen Bundestag vom 23. Mai 2014. Seine Rede löste enorme Emotionen, Streit, Zustimmung und Diskurse im Plenum aus. Und genau diese Mischung ist notwendig. Denn gleichgültig, wie man es benennt, ob Heterogenität, Vielfalt, Differenz oder Ungleichheit – immer sollten Demokratien darauf mit Argumenten und Gefühlen reagieren (Korte 2015). Nur so erreicht man Bürger in Zeiten von Ungewissheit.

Literatur

- Bude, Heinz. 2014. *Gesellschaft der Angst*. Hamburg: Hamburger Edition, HIS.
- Bude, Heinz. 2016. *Das Gefühl der Welt*. München: Hanser.
- Korte, Karl-Rudolf. 2011. Risiko als Regelfall: Über Entscheidungszumutungen in der Politik. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 21 (3): 465-475.
- Korte, Karl-Rudolf, Hrsg. 2015. *Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung*. Baden-Baden: Nomos.
- Korte, Karl-Rudolf. 2016. Wahlen im Schatten der Angst. <http://regierungsforschung.de/wahlen-im-schatten-der-angst/>. Zugegriffen: 30. Juni 2016.
- Korte, Karl-Rudolf und Timo Grunden, Hrsg. 2013. *Handbuch Regierungsforschung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Merkel, Wolfgang. 2015. Ist die Krise der Demokratie eine Erfindung? In *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, Hrsg. Wolfgang Merkel, 473-498. Wiesbaden: Springer VS.
- Nassehi, Armin. 2015. *Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss*. Hamburg: Murmann.
- Rueda, David und Daniel Stegmueller. 2016. The Externalities of Inequality: Fear of Crime and Preferences for Redistribution in Western Europe. *American Journal of Political Science* 60 (2): 472-489. doi: 10.1111/ajps.12212.



<http://www.springer.com/978-3-658-15713-5>

Regieren in der Einwanderungsgesellschaft
Impulse zur Integrationsdebatte aus Sicht der
Regierungsforschung

Bieber, C.; Blätte, A.; Korte, K.-R.; Switek, N. (Hrsg.)

2017, VIII, 189 S. 3 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-15713-5